

1512/J XXI.GP  
Eingelangt am: 22.11.2000

#### ANFRAGE

der Abgeordneten Heidrun Silhavy  
und GenossInnen  
an den Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen  
betreffend Heizkostenzuschuss für Haushalte mit einem geringen Einkommen

Die von der FPÖ und ÖVP beschlossenen Maßnahmen haben bereits eine massive finanzielle Belastung für die Menschen zur Folge. Bislang konnten noch manche Mehrbelastungen durch die, unter SPÖ - Dominanz beschlossene, Steuerreform aufgefangen werden. Zusätzliche Mehraufwendungen der Privathaushalte, wie z.B. gestiegene Heizkostenpreise sind jedoch auf Grund der von den amtierenden Regierungsparteien in Eigenverantwortung beschlossenen Steuer- und Gebührenerhöhungen nicht mehr abgedeckt. Für Haushalte mit geringem Einkommen bedeutet das eine dramatische Verschlechterung der finanziellen Lage. Die Regierungsparteien haben die Verantwortung abgeschoben, indem sie auf die Länder verweisen. Wer in einem Bundesland lebt, das den großzügigsten Zuschuss gewährt, wird vom Bund ebenfalls stärker unterstützt. Pech haben jene Menschen, die bei analoger Einkommenssituation von ihrem Wohnbundesland keine Unterstützung bekommen. Sie werden auch noch auf Bundesebene bestraft, indem sie dort auch leer ausgehen.

Ein besonderer Zynismus besteht darin, dass der Finanzminister auch noch von den Mehreinnahmen bei der Mehrwertsteuer profitiert.

Um eine gerechte und regional faire Hilfe für Haushalte mit geringen Einkommen in dieser schwierigen Situation leisten zu können, hat die SPÖ bundesweit und einheitlich einen Heizkostenzuschuss von öS 500.-/ pro Monat für die Dauer der Heizperiode für Haushalte mit einem Einkommen von unter öS 12.000.- beantragt. Die Behandlung dieses Antrages im Ausschuss für Arbeit und Soziales wurde nun bereits zum zweiten Mal von FPÖ und ÖVP verhindert!

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen nachstehende

#### Anfrage:

- 1.) Finden Sie es tatsächlich gerecht, dass Menschen in Österreich, in gleicher finanzieller Situation, einmal doppelt - nämlich von Land und Bund - unterstützt werden und einmal zur Gänze leer ausgehen?
- 2.) Sind Sie der Meinung, dass Menschen unter analogen Voraussetzungen - zumindest auf der von Ihnen wahrzunehmenden Kompetenzebene des Bundes - gleich zu behandeln sind?  
Wenn nein, warum nicht?
- 3.) Welcher Betrag aus Steuergeldern wird für diese unausgewogene Maßnahme der Regierungsparteien zur Verteilung gebracht?
- 4.) Wie hoch wäre der Aufwand des Bundes für die Umsetzung des diskriminierungsfreien SPÖ - Antrages, also wenn jene Haushalte mit einem Einkommen unter 12.000.-öS für die Monate Oktober 2000 bis April des Folgejahres je 500.-öS Heizkostenpauschale erhalten wurden?
- 5.) Auf europäischer Ebene ist man bemüht Grundbedingungen - in Form einer Richtlinie - zur Armutsbekämpfung zu vereinbaren. Welche Maßnahme beurteilen Sie im Zusammenhang mit Armutsgefährdung als wirksam: jene der Regierungsparteien oder jene des SPÖ - Antrages und wie begründen Sie diese Beurteilung?